

Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung  
am Montag, den 28. Oktober 2019

## Stabsbereich Landrat

### **Bürgerbeteiligung**

Am 23. September 2019 fand die konstituierende Sitzung der Lenkungsgruppe Bürgerbeteiligung statt. Die Lenkungsgruppe setzt sich bisher aus sieben Vertretern aus der Verwaltung und acht Kreistagsabgeordneten zusammen. Gemeinsam wurden die Meilensteine zur Bürgerbeteiligung im Rahmen des Mobilitätskonzeptes sowie ein Verfahren zur Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder der Lenkungsgruppe Bürgerbeteiligung festgelegt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen sich nach einem Aufruf, der in der Presse, auf Facebook und auf der Homepage des Rheingau-Taunus-Kreises veröffentlicht wird, bewerben können. Die Auswahl der Bürgerinnen und Bürger soll durch ein Losverfahren in der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe im Januar 2020 erfolgen.

### **Mobilitätskonzept**

Das Vergabeverfahren für das Mobilitätskonzept des Rheingau-Taunus-Kreises ist abgeschlossen. Sieben Bieter haben ein Angebot abgegeben. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 2019 den Auftrag für die Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes für den Rheingau-Taunus-Kreis an das ZIV - Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH aus Darmstadt vergeben. Die Auftragssumme beträgt 149.854,08 EUR brutto.

Die nächsten Treffen der internen Lenkungsgruppe, der kommunalen Arbeitsgruppe und des Dialogforums mit dem Auftragnehmer sind im November 2019 terminiert.

### **Ultranet**

In der ersten Septemberwoche 2019 fand der Erörterungstermin zur Bundesfachplanung Ultranet in Limburg statt. Im Rahmen des Erörterungstermins wurden die Stadt Idstein und die Gemeinde Hünstetten darüber informiert, dass die von ihnen vorgeschlagenen kleinräumigen Trassenalternativen von der Amprion in den in der Bundesfachplanung festzulegenden Korridor aufgenommen werden.

Der von der Gemeinde Niedernhausen favorisierte Verschwenkungsvorschlag wird seitens der Amprion weiter geprüft. In einem Gespräch der kreisübergreifend arbeitenden Arbeitsgruppe Ultranet mit Vertretern des hessischen Wirtschaftsministeriums, das im November 2019 geplant ist, soll darauf hingewirkt werden, dass neben der Ultranettrasse auch alle anderen parallel verlaufenden Bestandsleitungen (z.B. Syna und Bahnstrom) verschwenkt werden.

### **Biosphärenregion**

Die Machbarkeitsstudie für die Biosphärenregion Main-Taunus, Wiesbaden und Rheingau-Taunus wurde den Bürgermeistern und Landräten der Region in einem Gespräch mit Frau Staatsministerin Hinz am 24. Oktober 2019 vorgestellt. Die Studie ist nun auch unter diesen Links öffentlich zugänglich:

„Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis“ Band 1:

[https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuely/machbarkeitsstudie\\_biosphaerenregion\\_band\\_1\\_barrierefrei\\_low.pdf](https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuely/machbarkeitsstudie_biosphaerenregion_band_1_barrierefrei_low.pdf)

„Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis“ Band 2:

[https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuely/machbarkeitsstudie\\_biosphaerenregion\\_band\\_2\\_barrierefrei\\_low.pdf](https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuely/machbarkeitsstudie_biosphaerenregion_band_2_barrierefrei_low.pdf)

### **CityBahn (Bericht des Herrn Dezernenten Günter F. Döring)**

Zu den jüngsten Pressemitteilungen in Wiesbaden zur CityBahn ist festzustellen: Auch in Wiesbaden wird die CityBahn in der Stadtverordnetenversammlung unterschiedlich bewertet. Im Hinblick auf die Auftragsvergabepraxis wurde auf Antrag einer Fraktion ein Akteneinsichtsausschuss nach § 50 Abs. 2 Satz 2 HGO gebildet. Parallel dazu hatte die Revisionsabteilung der Wiesbaden Holding die Kanzlei Rödl & Partner beauftragt, Auftragsvergaben der ESWE-Verkehr bis 2019 zu prüfen. RTV wurde als Gesellschafter am 8. Februar 2019 ins Handelsregister eingetragen.

Da die CityBahn noch keinen eigenen Geschäftsbetrieb hat, werden alle CityBahn-Aufträge von ESWE-Verkehr vergeben und von ESWE-Versorgung als Dienstleister abgewickelt (RTV und RTK- Holding haben auch einen Geschäftsbesorgungsvertrag).

Durch Kostenübernahmeerklärungen (so auch von RTV) erhält ESWE-Verkehr ihre Auslagen von den Gesellschaftern zurück bzw. werden am Ende eines Geschäftsjahres alle Gemeinkosten nach dem Verteilungsschlüssel gem. Konsortialvertrag § 5 Abs. 4 unter den Gesellschaftern in der Relation 20% Mainz, 30% RTK und 50% Wiesbaden verrechnet. D. h. den publizierten Auszahlungen stehen bei ESWE-Verkehr Einzahlungen gegenüber.

Die Fa. Rödl & Partner hatte einen längeren Entwurfsbericht erarbeitet, der zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Es wurden seitens ESWE-Verkehrs eine Reihe von Unschärfen festgestellt, die in die Endfassung einfließen, von der Revision der Wiesbaden Holding (12 Seiten) erstellt und den Gremien vorgelegt. Das Verfahren ist ganz normale Praxis, so verfährt auch der Hess. Landesrechnungshof z. B. bei seinen vergleichenden Prüfungen.

Von unbekannter Seite wurden o. g. Entwurfsbericht, Endfassung und weitere Informationen der Presse zugespielt, was dann zu der bekannten Berichterstattung und weiteren Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden führte, über die ebenfalls berichtet wurde.

Im Beteiligungsausschuss der Stadt Wiesbaden wurde die Thematik in nichtöffentlicher Sitzung am 15. Oktober 2019 diskutiert und an den AR ESWE-Verkehr überwiesen. Dort wird die Thematik beraten, der zu diesem Zweck einen eigenen Arbeitskreis gegründet hat. Das Ergebnis geht dann zurück in den Fachausschuss.

Der Revisionsausschuss der Stadt Wiesbaden hatte ebenfalls diese Thematik auf seiner Agenda. In seiner Sitzung am 16. Oktober 2019 wurde nichtöffentlich das Thema an den Beteiligungsausschuss überwiesen, um Doppelarbeit zu vermeiden. Zu dieser Sitzung war auch Verkehrsdezernent Döring geladen und hat teilgenommen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass in o.g. Endfassung einige Empfehlungen gegeben worden sind, die ESWE-Verkehr umsetzen wird. Im Ergebnis ist auch festzustellen, dass diese öffentliche Diskussion für das Projekt CityBahn gewiss nicht förderlich war.

Zur Aartalbahntrasse fand ein weiteres Gespräch mit der Oberen Wasserbehörde statt, in der das Prozedere zur beabsichtigten Baugrunduntersuchung besprochen wurde. Mit der Unteren Wasserbehörde wurde in einem Gespräch am 15. Oktober 2019 die Planung des Bahnhofes Bad Schwalbach besprochen, da unmittelbar am Bahnhof die Aar fließt. Beide Gespräche waren sehr konstruktiv.

Am 14. Oktober 2019 wurde der Oberen Denkmalschutzbehörde das Projekt vorgetragen und Anregungen entgegengenommen. Ebenfalls gibt es Kooperation mit der NTB/ATB.

Die Planung nach HOAI 1+2 läuft unvermindert weiter und wird voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die Baugrunduntersuchung muss in niederschlagsarmer Jahreszeit im Jahr 2020 durchgeführt werden. Die Flora-/Fauna-Untersuchung wird auch im nächsten Jahr noch andauern.

Der CityBahn-Beirat nach §15 Gesellschaftervertrag wird unverzüglich einberufen, wenn der Gesellschafter Mainzer Stadtwerke die Beiratsmitglieder aus Mainz mitgeteilt hat.

Nochmals wird darauf hingewiesen, dass die CityBahn ein regionales Projekt ist, von Bedeutung für den RMV-Verbund. In der Region leben 700.000 Menschen. Das Land Hessen fördert das Projekt auch mit einem finanziellen Zuschuss zu den Planungskosten. Die CityBahn betrifft nicht Wiesbaden alleine, sondern auch die Stadt Mainz und den Rheingau-Taunus-Kreis als auch das Land Hessen.

Zur Prüfung der Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Diez und Bad Schwalbach ist die Machbarkeitsstudie ausgeschrieben.

### **Aufstellung einer Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie für den Rheingau-Taunus-Kreis**

Das Thema Fachkräftesicherung begleitet Unternehmen in Handwerk, Industrie und im Dienstleistungssektor bereits seit vielen Jahren. Die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation hat sich enorm verschärft. Angebot und Nachfrage an Ausbildungsstellen und Arbeitsplätzen stehen in vielen Berufssparten in einem beunruhigenden Missverhältnis zueinander. Es bedarf passfähiger Strategien, um den Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen und um Wirtschaft und Beschäftigung zukünftig weiter zu fördern.

Für den Rheingau-Taunus-Kreis wird eine Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie für den Zeitraum 2020 bis 2024 entwickelt. Die fachliche Unterstützung erfolgt durch das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK Institut) an der Goethe-Universität Frankfurt.

In zwei Workshops wird mit Unternehmerinnen und Unternehmern und weiteren Akteuren auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt auf der Basis der aktuellen und zukünftigen Entwicklung gemeinsam an der Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie gearbeitet. Die Strategieentwicklung wird vom Bündnis für den Mittelstand und dem Kommunalen JobCenter begleitet.

Die erste Veranstaltung fand am Montag, 21. Oktober 2019, von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr in der Silberbachhalle in Taunusstein-Wehen statt. Die zweite Veranstaltung findet am Donnerstag, den 7. November 2019, ebenfalls von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr in der Brentanoscheune in Oestrich-Winkel statt.

Anschließend werden die Ergebnisse beider Veranstaltungen in die Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie des Rheingau-Taunus-Kreises überführt, den Kreisgremien zur Beschlussfassung vorgelegt und beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration eingereicht.

## **Gleichstellungsbüro**

Am 21. Oktober 2019 hat der Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ nach meiner Begrüßung mit folgenden Themen beschäftigt: Berichte über die Aktivitäten im Rahmen der interkulturellen Wochen im RTK, die Arbeit der Interventions- und Beratungsstelle der Caritas sowie den Fachtag Opferschutz.

Seitens der Hochschule Rhein-Main wurde über den Sachstand des Forschungsprojektes „Gewalt in Paarbeziehungen älterer Frauen und Männer im ländlichen Raum“ informiert. Dieses Projekt beleuchtet die Situation im RTK. Ein Folgeprojekt zur Entwicklungen von Instrumenten zur Öffentlichkeitsarbeit im RTK wurde bereits beim zuständigen Ministerium beantragt.

Eine Pressemitteilung anlässlich des Internationalen Aktionstages „Gegen Gewalt gegen Frauen“ am 25. November 2019 wird über die Aktivitäten im RTK informieren.

Die nächste Sitzung findet am 9. Dezember 2019 statt. Eine Rechtswissenschaftlerin wird dann zur „Istanbul-Konvention“ (Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) und deren Auswirkungen auf die Arbeit vor Ort referieren.

Am 21. Oktober 2019 hat im Arbeitskreis der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der turnusmäßige Austausch stattgefunden, bei dem zukünftige Aktivitäten und Kooperationen vereinbart wurden.

Eine aktuelle Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen „Gleichstellung als Regionalentwicklung. Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen“ (Oktober 2019) zeigt Strategien für vernetzte Gleichstellungsarbeit als Querschnittsaufgabe im ländlichen Raum auf. An der Umsetzung solcher Anregungen wird das Gleichstellungsbüro in Kooperation mit den relevanten Akteuren/Akteurinnen in nächster Zeit arbeiten.

Im Rahmen des Bündnisses für Familien wird in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des RTK und der Bundesanstalt für Arbeit der Wettbewerb „Der MENSCH - WERTvoll im UNTERNEHMEN“ vorbereitet. Die Ausschreibung des Wettbewerbs soll im November d.J. erfolgen, die Preisverleihung dann im Frühjahr 2020.

## **Fachbereich I – Zentrale Steuerung**

### **Trinkwasserspender in Schulen**

Seitens der Schulen werden immer häufiger Anfragen zur Anschaffung von Trinkwasserspendern an den FD I.7 - Schulen, Sport, Hochbau und Liegenschaften gerichtet. Nach internen Beratungen wurde festgelegt, im Zuge eines Projektes zunächst vier Pilotschulen (Limesschule, Pestalozzischule, Rheingauschule, Gymnasium Taunusstein) mit Trinkwasserspendern auszustatten. In Abstimmung mit dem Gesundheitsamt wurden von zwei Firmen Angebote eingeholt und nun werden je zwei Schulen mit dem gleichen Gerät eines Herstellers ausgestattet. Nach der Testphase soll das für Schulen am besten geeignete Modell abschließend ausgewählt werden und die Schulen, die dies wünschen, sukzessive damit ausgestattet werden. Von den Pilotschulen haben zwei bereits Sponsoren gefunden, die sich an der Finanzierung beteiligen bzw. die Kosten komplett übernehmen wollen. Während der Testphase werden die Geräte gemietet. Der Kaufpreis liegt je Modell zwischen

3.000,00 Euro und 3.600,00 Euro, hinzu kommen Kosten für Wartung von ca. 400,00 Euro pro Halbjahr. Eine finanzielle Beteiligung z.B. durch Sponsoren oder Fördervereine an den Kosten würde die Anschaffung wesentlich erleichtern.

Weiterhin sind von den Schulen je zwei verantwortliche Personen aus der Lehrerschaft zu benennen, die sich federführend der Angelegenheit annehmen und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Hausmeister und Sekretärinnen dürfen für diese Funktion nicht benannt werden.

Alle Schulen des RTK wurden per Mail über das Pilotprojekt informiert.

## **Fachbereich II – Leistungsverwaltung**

### **Besetzung der Fachbereichsleitung**

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2019 hat der Kreisausschuss beschlossen, Frau Liane Schmidt, bisher Fachdienstleiterin des FD II.5 - Jugendhilfe, die Führungs- und Leitungsaufgaben der seit dem 1. September 2019 vakanten Fachbereichsleitung des FB II - Leistungsverwaltung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu übertragen. Vorausgegangen war ein strukturiertes Auswahlverfahren mit internen und externen Bewerbungen.

### **Arbeitsmarktsituation**

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis liegt im September 2019 mit 3,7% weiterhin unter der landesweiten Quote von 4,3%. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Job Center hat sich im September 2019 im Vergleich zum Vorjahresmonat von 4.530 auf 4.286 Bedarfsgemeinschaften reduziert. Die Zahl der in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen hat sich im gleichen Zeitraum von 9.530 Personen um 669 auf 8.861 Personen verringert.

### **Projekt „Extremismusprävention“**

Seit September 2019 führt der Verein Rumi imPuls e.V. im Rheingau-Taunus-Kreis das Projekt „Extremismusprävention durch Aufklärung mit Schwerpunkt auf politischer und sozialer Bildung“ durch. Gefördert wird dieses Projekt aus Mitteln der Integrationsstrategie und des Bundesprogramms „Demokratie leben“. Die wichtigsten Bausteine des Projekts sind erlebnispädagogische Veranstaltungen sowie Gruppen- und Einzelberatung für die Zielgruppe junger Geflüchteter, außerdem sozialisationssensible Fortbildungen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Das Angebot wird von der Zielgruppe gut angenommen.

### **Geprüfter Verwendungsnachweis (Finanzbericht) des ESF Projekts „Jugend stärken im Quartier“**

Der Verwendungsnachweis für die erste Förderphase des ESF-Projekts „Jugend Stärken im Quartier“ wurde durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben geprüft. Die verwaltungsmäßige Prüfung ist damit abgeschlossen (weitere Prüfungen z. B. durch den Rechnungshof sind noch möglich).

Die Gesamtausgaben des Projekts betragen 748.422,24 Euro. Davon wurden 374.211,10 Euro aus ESF-Mitteln gefördert. (Der Eigenanteil des Kreises musste mindestens 50% betragen).

## **Präventionsmobil**

Der Fachdienst Jugendhilfe hat im September 2019 das Präventionsmobil in der Trägerschaft von Hephata in Betrieb genommen. Das Präventionsmobil ist eine mobile Beratungsstelle, die primäre Prävention gegen (sexualisierte) Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie vor Sucht und Drogen leistet.

Dies geschieht, indem die Mitarbeitenden des Präventionsmobiles aktiv auf Vereine, Verbände, Organisationen und Institutionen mit dem Angebot zugehen, einerseits Strukturen und Leitbilder dahingehend zu überprüfen, dass sie möglichst wenig Raum bieten für (sexualisierte) Gewalt, andererseits die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden darin fortzubilden, wie sie Kinder und Jugendliche so stärken können, dass sie weniger anfällig für (sexualisierte) Gewalt und später auch für Sucht und Drogen sind. Dies im Sinne einer Präventionsstrategie, die auf starke Kinder und starke Jugendliche im Rheingau-Taunus-Kreis setzt.

Das Präventionsmobil wird finanziert über die kommunalisierten Mittel sozialer Hilfen, also über Landesmittel. Dem Rheingau-Taunus-Kreis entstehen keine Kosten.

## **Gesundheitskoordination**

Die Gesundheitskoordinatorin, Frau Moser, hat am 1. Oktober 2019 ihren Dienst angetreten und bereits erste Kontakte im Kreis geknüpft. Darüber hinaus wird derzeit ein Vorschlag für einen Masterplan zu erstellt. Frau Moser wird sich in den nächsten Wochen bei Bürgermeistern und anderen wichtigen Institutionen im Kreis vorstellen. Gesundheitsdezernentin Monika Merkert wird im KA unabhängig von zu erstellenden Vorlagen regelmäßig berichten. Darüber hinaus hat Frau Moser bereits an einem Gespräch teilgenommen, das Frau Dezernentin Merkert und ich mit Herrn Gesundheitsminister Klose geführt haben.

Folgende Gesundheitsthemen wurden mit Herrn Staatsminister Klose besprochen:

- Kurzdarstellung der Ergebnisse des Versorgungsgutachtens;
- sich daraus ergebende Maßnahmen;
- Umzug der Psychosomatik von WI nach SWA (hier will Herr Staatsminister Klose noch einmal bei Helios nachhaken lassen).

In diesem Zusammenhang kann aktuell mitgeteilt werden, dass Mitte letzter Woche eine Mitteilung von Helios eingegangen ist und Bewegung in die Pläne der Helios-Klinik für eine Verlegung der Psychosomatik von Wiesbaden nach Bad Schwalbach kommt. In einem Schreiben an die Gesundheitsdezernentin und das Gesundheitsamt des Kreises heißt es, dass die Helios-Klinik in Bad Schwalbach „aktuell die Vorbereitungen für den vor dem Umbau erforderlichen Rückbau von krankenhausspezifischen Anlagen trifft“. Genannt werden die Versorgungsanlagen im OP-Bereich des geschlossenen Krankenhauses. Zugleich wird auf das notwendige Ausschreibungsverfahren verwiesen. Unsere Hartnäckigkeit scheint sich auszuzahlen.

- Sicherstellungszuschlag für das JoHo Rüdeshheim am Rhein:  
Es wurde zugesagt, dass ein Bescheid in absehbarer Zeit ergehen wird, so dass das Krankenhaus aufgrund des Bescheides für das Jahr 2019 mit den Krankenkassen über einen Sicherstellungszuschlag verhandeln kann.

- Die Gesundheitsdezernentin hat die Bitte vorgetragen, dass die Stelle der Gesundheitskoordinatorin auch im Jahr 2020 hälftig vom Land bezuschusst wird. Dies wurde dem RTK zugesagt.
- Außerdem ging es um Maßnahmen aus dem Gesundheitspakt 3.0 des Landes und Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, bei denen die Gesundheitsdezernentin im Rahmen der Umsetzung des Gesundheitskonzeptes um entsprechende Förderung gebeten hat.
- Die Gesundheitsdezernentin und ich haben zudem vorgetragen, dass der RTK zu einer **Modellregion „Gesundheit“** ausgebaut werden soll. Herr Staatsminister Klose hat die Unterstützung seines Hauses zugesagt (z.B. Begleitung des Ministeriums bei Umsetzung von Maßnahmen).

### **Fachbereich III – Ordnungsverwaltung**

#### **ICE-Übung „Niedernhausen 2019“**

In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 2019 führte der Rheingau-Taunus-Kreis unter Federführung des Fachdienstes Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst mit seinen Kooperationspartnern des Einsatzverbundsystems Hessen eine Großübung im ICE-Tunnel auf der Schnellfahrstrecke Köln-Frankfurt bei Niedernhausen durch.

Das Übungsziel lag im Zusammenspiel von rund 400 Einsatzkräften, die gemeinsam und abgestimmt Maßnahmen zum sogenannten technisch- und operativ-taktischen Vorgehen probten. Das Übungsziel wurde voll umfänglich erreicht. Eindrucksvoll verdeutlichten die Einsatzkräfte von Feuerwehren, Katastrophenschutz, THW, Rettungsdiensten, Deutscher Bahn und Polizei, wie professionell und routiniert selbst derart komplexe Schadenslagen abgearbeitet werden.

Gerade den vielen Ehrenamtlichen gilt größter Dank für diese Leistung, insbesondere auch für ihre Bereitschaft, diese Nachtstunden des Wochenendes in diese Großübung zu investieren.

#### **Waffensachkundelehrgang**

Ende Oktober 2019 nehmen zwei Mitarbeiterinnen am Lehrgang Waffensachkunde teil und legen die Waffensachkundeprüfung nach § 7 WaffG ab. Es sind dann alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachdienstes im Umgang mit Waffen geschult. Dies ist im Hinblick auf eventuelle Vertretungssituationen unerlässlich.

#### **Einführung Software Gewerberecht**

Im Dezember 2019 erfolgen Schulungen durch die Firma Ekom21. Der Einsatz der Software Migewa sollte dann im Frühjahr 2020 möglich sein.

#### **Frischfleisch-Kostensatzung:**

Die derzeit gültige Satzung des Rheingau-Taunus-Kreises über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung) soll zum 1. Januar 2020 geändert werden.



Die geänderte Satzung wurde bereits vom Kreisausschuss in der Sitzung am 23. September 2019 beschlossen.

Die Jagdausübungsberechtigten erhalten dadurch die Möglichkeit, Proben für die amtliche Frischfleischuntersuchung nach entsprechender Schulung selbst zu entnehmen. Die entsprechende Schulung wird vom FD III.8 organisiert und durchgeführt. Jagdausübungsberechtigte können auf Antrag daran teilnehmen.

### **Sonstiges**

#### **Süwag AG**

Mit der Zustimmung der EU-Kartellbehörde am 17. September 2019 wird die „innogy“ in die neue „E.ON“ integriert. Damit wird E.ON zu einem der leistungsstärksten und größten Betreiber europäischer Energienetze und moderner Kundenlösungen.

Die innogy-Aktien werden von RWE auf E.ON übertragen. Damit gehört auch die Süwag zum E.ON-Konzern. Die Anteilseignerstruktur der Süwag bleibt unverändert, auch bei den kommunalen Partnern.

Bad Schwalbach, 28. Oktober 2019



Frank Kilian  
Landrat